



Adivasi-Rundbrief 26

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
Mai 2006

Nr. 26/1: Rourkela und die Folgen - 50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsch-indischen Zu- sammenarbeit. Fachkonferenz 22.-24. Sep- tember 2006 in Königswinter

Nach Plänen deutscher Ingenieure entstand in Rourkela, Orissa, Mitte der 1950er Jahre eines der modernsten Hüttenwerke der Welt. Ab 1958 sicherte die Bundesregierung das ursprünglich privatwirtschaftliche Geschäft durch Kredite ab und finanziert bis heute die Modernisierung des Werkes. Die Region um Rourkela galt als eines der am meisten zurückgebliebenen und daher prioritär entwicklungswürdigen Gebiete in ganz Indien mit überwiegend Adivasi- (=Stammes-) Bevölkerung. Die Mehrheit der Adivasis blieb von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region jedoch ausgeschlossen, viele klagen noch heute über die Zwangsumsiedlung und unzureichende Entschädigungsmaßnahmen. Mit der Fachkonferenz wird eine kritische Bestandsaufnahme des Projektes Rourkela unternommen. Neben der Würdigung der Erfolge geht es auch um die soziale Verantwortung und um Lerneffekte für zukünftige Industrieprojekte. Begleitend zur Konferenz wird im Foyer des Konferenzortes eine Fotoausstellung zum Thema „Indiens industrielle Entwicklung und das Überleben der Adivasi-Kulturen“ gezeigt. Zum Thema „Rourkela“ wird je ein Materialband in englischer und deutscher Sprache herausgebracht werden.

Die Fachkonferenz wird ausgerichtet vom Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) in Kooperation mit der Adivasi-Koordination und dem Südasienbüro Bonn. Weitere Informationen und Anmeldung: AZK, Frau Nisa Punnamparambil-Wolf, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel. 02223-73161, Fax 02223-73111, entwicklungspolitik@azk.de, www.azk.de. Ausführliche Informationen zum Thema "50 Jahre Rourkela" siehe Adivasi-Rundbrief Nr.25

Nr. 26/2: Neues gigantisches Staudammvorhaben in Andhra Pradesh: 277 Adivasi-Dörfer sollen dem Polavaram-Projekt weichen

Am Unterlauf des Flußes Godavari, einem der großen Ströme Indiens, 15 Kilometer vor der Großstadt Rajamundhry im East Godavari District nahe dem Ort Polavaram, soll ein riesiger Staudamm gebaut werden. Ein 1.600 Meter breiter Damm mit 47 Metern Höhe soll das Staubecken sichern. Die nicht überflutbare Staumauer soll 560 Meter lang werden. Zwei Kanäle sollen gebaut werden: Der rechte Hauptkanal soll den Godavari mit dem Kanalsystem des Krishna verbinden und bis Budameru nahe der Großstadt Vijayawada reichen. Dieser Kanal soll 174 Kilometer lang und teilweise 80 Meter breit sein. Er soll so viel Wasser aufnehmen, daß er sogar für Frachtschiffe schiffbar wird. Der linke Hauptkanal mit 208 Kilometer Länge soll vor allem der Bewässerung der nördlichen ländlichen Gebiete und der Küstenregionen dienen und Trinkwasser liefern. Die Laufzeit des Projektes soll 12 Jahre betragen. Man verspricht sich die Gewinnung neuer Ackerflächen (29.100 Hektar), Versorgung der bestehenden Landwirtschaft mit Wasser, Trinkwasserversorgung für rund 285.000 Menschen, Wasserversorgung für Industrie und Großstädte (z.B. Vishakapatnam), Stromerzeugung (960 Megawatt) und neue Verkehrswege.

Die Entstehung

Obwohl international bisher kaum wahrgenommen, bestehen Pläne für einen großen Staudamm schon seit über 25 Jahren. Wiederholt wurden diese unter verschiedenen Namen diskutiert (Indirasagar, Godavari Srijala Sravanti, Sriramapada Sagar). Nachdem die Kongress-Partei im Mai 2004 im Bundesstaat Andhra Pradesh den Regierungsauftrag bekam, wurden die Pläne zusammen mit 26 anderen Pro-

jekten zur Wasserversorgung wieder hervorgeholt. Beim Polavaram-Projekt wurde mit dem Bau am rechten Kanal begonnen, obwohl noch keine Genehmigung vorlag. Daher verhängte der Oberste Gerichtshof von Andhra Pradesh einen Baustopp. Ende Oktober 2005 wurde dieser wieder aufgehoben, da nun die geforderten Gutachten angeblich eingeholt worden waren. So verkündete der Ministerpräsident R.Reddy am 27. Oktober 2005, dass alle Hürden für das Projekt genommen seien. Die kurzzeitig unterbrochenen Kanalbauten werden seither fortgesetzt.

Die Finanzierung

Die Regierung schätzte die Kosten des Projektes zunächst auf 2,13 Milliarden US-Dollar, der Ministerpräsident von Andhra Pradesh nannte die Summe von 4,59 Milliarden US-Dollar. Die Finanzierung ist alles andere als gesichert; ja, sie bleibt einer der Faktoren, an denen das gesamte Projekt scheitern könnte. Andhra Pradesh sucht immer noch ausländische Geldgeber...

Der Stausee

Gemäß Planungsunterlagen der National Water Development Agency [oberste Behörde zur Entwicklung der Wasserressourcen] sollen 63.691 Hektar überflutet werden. Davon sind 3.705 Hektar Wald, das heißt, der Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen würde vernichtet, das ohnehin in Indien durch Raubbau des Waldes zerstörte Ökosystem würde weiter belastet und die Adivasis verlören noch mehr von ihrem ursprünglichen Lebensraum. Verloren gingen auch 30.650 Hektar landwirtschaftlich genutztes Land. Dieses ist zumeist in Händen von Großgrundbesitzern, die dort zum Teil in der zweiten oder dritten Generation leben und deren Eltern oder Großeltern es sich meist widerrechtlich von den Adivasis angeeignet haben. Letzteres ist auch der Grund, weshalb diese keinen Widerstand leisten. In der Regel liegen keine gültigen Besitzurkunden vor. Dennoch ist damit zu rechnen, dass diese Großbauern am großzügigsten entschädigt werden, da sie zumeist über gute Beziehungen zu den Behörden verfügen. Am heftigsten trifft der Landverlust jedoch die Adivasi: Sie verlören landwirtschaftliche Fläche, auf der sie Arbeit finden und darüberhinaus das Land, auf dem ihre Hütten ste-

hen. 12.688 Hektar fallen unter die Kategorie „nicht kultivierbares Land“. Viele dieser Flächen werden dennoch von den Adivasis für ihren nur während der Regenzeit möglichen Anbau von Hirse und anderen Trockenfrüchten genutzt. Zum „nicht-kultivierbaren Land“ gehören auch jene oft bis in die Berge hinein reichenden Flächen, die wegen des wertvollen Holzes einst ausgebeutet und nun nur noch mit Baumstümpfen, Gestrüpp und trockenem Gras bewachsen sind. Gerade diese Flächen dienen den Adivasis als Weide für ihre Rinder, Schafe und Ziegen. Die restlichen 16.648 Hektar beziehen sich auf das Flussbett. Vom Fluss selbst profitieren bisher vor allem die Fischerfamilien, die gemäß ungeschriebenem Recht als einzige den Fischfang betreiben dürfen.

Die Umsiedlung

Die Zahlenangaben hinsichtlich der vom Polavaram-Projekt betroffenen Menschen schwanken sehr. Die Regierungsbehörde der Agricultural Finance Corporation spricht im September 2005 von 177.275 Menschen in 277 Dörfern. Pressemeldungen und kritische Recherchen gehen davon aus, daß bis zu 200.000 Menschen in 283 Dörfern von ihrem angestammten Land vertrieben würden. Dabei sind nur jene aufgeführt, die Haus, Hof und Land verlieren. Insgesamt würden durch das Polavaram-Projekt 81.722 Adivasis (52,9 Prozent) und 15.757 Dalits (10,2 Prozent) zwangsumgesiedelt. Die Besitzer von 1.405 festen Häusern sollen entschädigt werden. Es ist davon auszugehen, dass diese vor allem reichen Leuten und möglicherweise Institutionen gehören. 2.300 Häuser sind teilmassiv. Auch sie werden überwiegend gut gestellten Familien zuzurechnen sein. Darüberhinaus müssen 19.390 Hütten aufgegeben werden. Diese, also der weitaus größte Teil, sind primär von Adivasis bewohnt. Das größte der umzusiedelnden Dörfer ist Chintur mit 36.769 Einwohnern. [...]

Selbst wenn die Entschädigungen angemessen wären, lautet die Kernfrage in diesem Zusammenhang: Wo soll Platz für so viele Menschen sein, die Land und Arbeit brauchen? Das landwirtschaftlich genutzte Land würde beschlagnahmt, das übrigbleibende Brachland ist wenig fruchtbar, der Wald als Staatseigentum kommt nicht in Frage.

Die rechtliche Lage

Vor allem die Gesetze zum Schutz von Landbesitz erweisen sich als äußerst kompliziert. Das von den Adivasi bewohnte Land steht unter besonderem gesetzlichem Schutz und kann daher nicht verkauft werden. Daher gibt es auch keine Marktpreise für dieses Land. Wenn der Staat für ein Projekt Land beschlagnahmt, muss er die Zustimmung der örtlichen Behörden und der Adivasi-Selbstverwaltung einholen (Artikel 5 der Verfassung in der 73. Erweiterung - Panchayat Extension to Scheduled Areas Act - siehe Adivasi-Rundbrief 23, A.d.R.). Dies ist bisher nicht geschehen. Die Preise für das Land im Stauseebereich kann der Staat eigenständig festlegen, da dieses Land ja nicht verkäuflich und es dafür folglich keinen Markt gibt. Also setzt der Staat den Wert möglichst niedrig an. Wieder werden besonders die Adivasi die Verlierer sein: Wenn sie Land außerhalb der geschützten Flächen zugewiesen bekommen, ist dieses neue Land dem Zugriff der Nicht-Adivasi ausgesetzt - der gesetzliche Schutz greift nicht mehr.

Der Widerstand

Gerade nach der schon erwähnten Gerichtsentscheidung des 27. Oktober 2005 und den entsprechenden Meldungen "Grünes Signal für Polavaram" hat sich der Widerstand verstärkt formiert. Die bis dahin nicht oder kaum informierten Adivasis sind seither aktiv geworden. Desweiteren hat sich die bekannte Aktivistin Medha Patkar und mit ihr die Widerstandsbeziehung vom Narmada-Fluß zu Wort gemeldet. Auch einige Kulturverbände erheben Einspruch - vor allem wegen der bedrohten Tempelanlagen. Die CPI (Communist Party of India) bemüht sich um eine starke parlamentarische Opposition und stellt sich auf die Seite der Adivasi. Kirchliche Institutionen wie die Good Samaritan Evangelical Lutheran Church (GSELC) haben sich mit Stammesorganisationen zusammen getan. In Deutschland sind inzwischen diverse Organisationen, die sich für Menschenrechte einsetzen, auf das Projekt aufmerksam geworden. Was noch fehlt ist eine wirklich umfassende internationale Aufmerksamkeit.

Hermann Brünjes

Hermann Brünjes ist tätig beim Freundeskreis Missionarische Dienste (FMD) Hanstedt (Niedersachsen), einer Partnereinrichtung der im

Polavaran-Gebiet beheimateten "Good Samaritan Evangelical Lutheran Church". Weitere Informationen einschließlich Fotos auf der Website des FMD: www.fmd-online.de/indien/news/polavaram.php. Mehrere Organisationen einschließlich der Adivasi-Koordination haben sich zu einem Kampagnen-Bündnis zusammengeschlossen. Exemplare des von dem Bündnis vor kurzem herausgebrachten Faltblattes können - auch in größerer Stückzahl - bei der Redaktion des Adivasi-Rundbriefes angefordert werden.

Nr. 26/3: Kalinga Nagar, Orissa: Adivasi-Protest gegen Industrieansiedlung endet mit Massaker

Der Start ins neue Jahr verlief für die Adivasi aus den Dörfern rings um Kalinga Nagar im Jajpur-Distrikt traumatisch. Am 2. Januar 2006 starben 12 Ureinwohner und 1 Polizist; darüber hinaus erlitten 40 Adivasi meist schwere Verletzungen, zum Teil auch durch Schusswunden. An diesem Tag hatten sich rund 800 Stammesangehörige vom Volk der Juang auf einem von der Landesregierung speziell zur Ansiedlung von Industrie eingerichteten Areal versammelt, um gegen die Ummauerung des zuvor durch ihr Vieh mitgenutzten Gebietes und um für eine gerechte Entschädigung zu demonstrieren. Teils mit Pfeil und Bogen ausgerüstet kamen sie auf der Zufahrtsstrasse zusammen, blockierten diese und kündigten Widerstand an, wenn die Arbeit auf dem Areal beginnen sollte. Als erste Reaktion schickte *Tata Steel* - das Unternehmen, das sich dort ansiedeln will - Sicherheitspersonal. Dieses zog sich aber angesichts der großen Zahl von Demonstranten schnell wieder zurück. Zur Eskalation kam es, als die „Special Armed Police Forces“, eine Sondereinheit der Polizei, eintraf und versuchte, die Protestierenden auseinander zu treiben. Nach Aussagen der Polizei warfen die Demonstranten zuerst Steine und schossen Pfeile, bevor mit Tränengas und dann scharfen Schüssen gefeuert wurde. Die Tagespresse verbreitete, dass zuerst ein Polizist brutal von den Adivasi zu Tode geschlagen wurde, bevor das Polizeifeuer eröffnet wurde („Indian Express“ vom 03.01.06). Hingegen bezeugen die betroffenen Adivasi, dass die Polizei umgehend mit der gewaltsamen Räumung des Areals ohne Rücksichtnahme auf Frauen und Kinder begann, worauf

hin sich die Demonstranten zur Wehr setzten. Die Polizei setzte sodann Tränengas ein und schoss kurze Zeit später wahllos in die Menge: Wie aus der Liste der Todesopfer ersichtlich, gehören auch Frauen und Kinder zu den Ermordeten. Nach diesem Geschehen verhängten die Behörden in den städtischen Gebieten des Distriktes eine Ausgangssperre; an den Zugangsstraßen wurden Polizeicamps errichtet. Als am nächsten Tag die Ausgangssperre aufgehoben wurde, blockierten tausende aufgebrachte Adivasi das Industriegebiet und die benachbarte Überlandstraße. Sie forderten eine Bestrafung für die obersten Verantwortlichen von Distriktverwaltung und Polizei. Chakradhar Haiburu, Präsident von "Visthapan Virodhi Janmanch", der lokalen Adivasi-Vereinigung gegen Umsiedlungsprojekte, erklärte: "Noch nie nahmen die Behörden unsere Forderungen nach einer angemessenen Entschädigung und Rehabilitation ernst. Dagegen haben viele reiche Leute von außerhalb in den vergangenen Jahren hier Land gekauft, während über 80 Prozent der Stammesangehörigen landlos sind. Wenn wir das Ansiedeln neuer Industrien auf Kosten der Ureinwohner zu verhindern suchen, tun wir das, weil wir uns gegenüber den in den vergangenen Jahren in Orissa zwangsumgesiedelten Adivasi in der Pflicht fühlen."

Naveen Patnaik, Ministerpräsident von Orissa, bezeichnete in einer Stellungnahme die Vorgänge von Kalinga Nagar als „unglücklich“. Er versuchte zu beschwichtigen insofern, als er die Sache als "unter Kontrolle" bezeichnete. Den Familien der Getöteten sagte er eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet etwa 1.880 Euro zu („The Hindu“ vom 03.01.06). In den Folgetagen versuchte die Politprominenz, aus der Situation Kapital zu schlagen. So kam zwei Tage nach dem Massaker eine Delegation von fünf Landesministern. Am 5. Januar schließlich traf die Kongresspartei-Präsidentin Sonia Gandhi ein und versprach den Familien umgerechnet etwa 9.400 Euro als Entschädigung („The Hindu“ vom 06.01.2006). Dieser Betrag wurde von der Landesregierung von Orissa inzwischen auf rund 21.000 Euro angehoben.

Jörg Krause

Weitere Informationen in englischer Sprache:

www.mmpindia.org/kalinganagarnews.htm;

www.firstpeoplesfirst.in;

www.hrdc.net/sahrdc/hrfeatures/hrf134.htm

Nr. 26/4: Mit voller Kraft kämpft die Widerstandsbewegung im Narmada-Tal gegen eine Erhöhung der Staumauer

Am 8. März 2006 erteilte die Narmada Control Authority (Narmada-Kontroll-Behörde) eine Genehmigung zur Erhöhung des "Sardar Sarovar"-Staudamms. Diese Erhöhung würde beim nächsten Monsun unweigerlich zur Überschwemmung von mehr als 200 Dörfern führen und die Lebensgrundlage der dort lebenden Familien zerstören. Wie schon oft zeigen sich die verantwortlichen Landesregierungen – Madhya Pradesh, Maharashtra und Gujarat – nicht in der Lage oder unwillig, den betroffenen Menschen – überwiegend Adivasi – zu ihrem Recht auf Umsiedlung und Rehabilitation zu verhelfen. Das Netzwerk zur Rettung der Narmada, die Narmada Bachao Andolan (NBA), fordert die indische Regierung bislang vergeblich auf, die Baumaßnahmen an dem Staudamm einzustellen und zuerst die Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen zu klären. Der Oberste Indische Gerichtshof hatte 2000 und 2005 festgestellt, dass die Genehmigung zur Erhöhung der Staumauer nur dann zulässig ist, wenn die Umsiedlung und Entschädigung von allen betroffenen Familien geregelt ist. Davon kann jedoch keine Rede sein. Um der Forderung nach Baustopp und wirklicher Rehabilitation Nachdruck zu verleihen, traten drei führende Mitglieder der NBA in einen Hungerstreik. Inzwischen haben die NBA-Aktivisten den Hungerstreik beendet im Vertrauen auf Zusagen der indischen Regierung, das Rehabilitierungsprogramm auf seine angemessene Umsetzung hin nochmals zu überprüfen.

Adivasi-Rundbrief Nr. 26, Mai 2006

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.: Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, Tel/Fax 06441-43124, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, Jugendheimstrasse 10, 34132 Kassel. Redaktion: Hans Escher. www.aktivasi-koordination.de. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 500 605 00. Vertrieb: Einzelzustellung und Beilage in der Zeitschrift „Süd-asien“.